



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 035-2024
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2024.RRGR.55

Eingereicht am: 05.03.2024

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: SVP (Günthör, Erlach) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Heimatkunde oder Hetze?

Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) bieten gemäss Harmos-Konkordat Kindern mit Migrationshintergrund ergänzenden Unterricht zur Volksschule. Dieser soll die Muttersprache sowie Hintergrundwissen über das Herkunftsland vermitteln. Der HSK-Unterricht wird in der Regel von Botschaften der Herkunftsländer organisiert und finanziert. Die Volksschulen stellen dafür Räumlichkeiten zur Verfügung. Der Kanton regelt die Zulassung der Anbieter und koordiniert das Angebot, das politisch und konfessionell neutral sein soll. Der Kanton versichert, dass es keine Hinweise gäbe, dass dem anders ist. Nach den Vorkommnissen an der Universität in Zusammenhang mit der Hamas und zunehmenden Diskussionen in der Bevölkerung dürfte aber die Skepsis gegenüber dem Kanton als Wahrer der Sicherheit und Neutralität wachsen. Mit jedem neuen internationalen Konflikt und der immer grösser werdenden Bedeutung der Deutungshoheit und der Desinformation wächst die Gefahr, dass auch der HSK-Unterricht missbraucht wird.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche HSK-Angebote gibt es aktuell im Kanton Bern?
2. Ist dem Regierungsrat bei allen HSK-Trägerschaften bekannt, wer die Trägerschaft ist bzw. woher die Finanzen kommen?
3. Gibt es HSK-Unterricht, der von islamistischen Organisationen nahestehenden Körperschaften finanziert wird, und wie beurteilt der Regierungsrat die Gefahr solcher Angebote?
4. Gibt es HSK-Unterricht, der von autokratischen Regimes finanziert wird, und wie beurteilt der Regierungsrat die Gefahr solcher Angebote?

5. Die Russische Schule Bern weist auf ihrer Homepage darauf hin, dass sie nicht von Russland finanziert werde und Unterricht für ukrainische Kinder anbiete (<http://www.russische-schule-bern.ch/ukraine.html>). Ist dem Regierungsrat bekannt, wie viele ukrainische Kinder dieses Angebot besuchen? Sind die auf der Homepage aufgeführten Tarife kostendeckend und falls nein, aus welchen weiteren Quellen wird die Russische Schule finanziert?
6. Teilt der Regierungsrat die Besorgnis, dass der HSK-Unterricht vor dem Hintergrund der wachsenden internationalen Konflikte in unmittelbarer geographischer Nähe für Propaganda oder gar Hetze missbraucht werden könnte?
7. Gemäss Angaben des Regierungsrates auf frühere Anfragen fehlt eine gesetzliche Grundlage, um den Unterricht stärker zu überwachen. Könnte sich der Regierungsrat vorstellen, diese Lücke zu schliessen und dem Grossen Rat eine entsprechende Grundlage zu unterbreiten?
8. Wie stellt der Kanton sicher, dass die Gewährspersonen, auf die er bei der Kontrolle setzt, neutral sind?
9. Ist die Problematik des HSK-Unterrichts bei der Bildungsdirektorenkonferenz ein Thema? Wenn nein, ist der Regierungsrat bereit, die Problematik in die Direktorenkonferenz zu tragen und das Konzept HSK grundsätzlich zu überprüfen?

Verteiler

– Grosser Rat